

# Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Annegret Bendiek/Moritz Fessler

Die Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik (HV) Federica Mogherini äußerte im Frühjahr 2019 die Sorge, die aktuelle internationale Politik reduziere die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Vertragstreue auf das Recht des Stärkeren.<sup>1</sup> Das zeige der Rückzug auf nationale Egoismen, die Abkehr der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) von internationalen Vereinbarungen und der Rückzug von regelgebundener Politik, auch innerhalb der Europäischen Union. Deren innenpolitische Uneinigkeit zeigte sich in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), insbesondere in zentralen Konfliktfeldern in Afrika und im Nahen Osten, im Umgang mit Russland und der immer komplexeren Partnerschaftsbeziehungen zu den USA.

## Europas Rolle in der Welt: Globale Fragmentierungsimpulse in der GASP

Der zusehends deutliche Rückzug der USA aus multilateralen Strukturen hat die außenpolitischen Rahmenbedingungen der GASP verändert.<sup>2</sup> Ohne die transatlantische Kooperation, die lange als Vorbedingung für die europäische Integration galt, müssen die Europäer nun im Rahmen der GASP ohne die sicherheitspolitische Rückversicherung der USA entscheiden. Als Reaktion auf die US-amerikanische Abkehr vom Multilateralismus kündigte die HV im April 2019 an, die GASP auf die Stärkung internationaler Vereinbarungen und die Zusammenarbeit mit der UN und regionalen Organisationen auszurichten.<sup>3</sup> So beschloss der Rat der Europäischen Union (Rat) ein Eckpunktepapier mit konkreten Umsetzungsvorschlägen zur Stärkung des Multilateralismus.<sup>4</sup> Von der Europäischen Union wird erwartet, den Rückzug der USA zu kompensieren, obgleich sie selbst in einem hohem Maße von den USA abhängig und nicht bereit ist, die transatlantischen Sicherheitsgarantien aufs Spiel zu setzen.

Die dadurch entstandenen Spaltungspotenziale für die GASP zeigten sich in den Krisenfeldern im Nahen Osten und mit Russland. Als die USA im November 2018 die im Nuklearabkommen ausgesetzten Sanktionen gegen den Iran wieder einführten, reagierten Deutschland, Frankreich und Großbritannien (E3) im Januar 2019 mit der Einführung des

---

1 Speech by High Representative/Vice President Federica Mogherini at the Harvard Kennedy School Belfer Center for Science and International Affairs, 3.12.2018, abrufbar unter: [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/54773/speech-high-representativevice-president-federica-mogherini-harvard-kennedy-school-belfer\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/54773/speech-high-representativevice-president-federica-mogherini-harvard-kennedy-school-belfer_en) (letzter Zugriff: 3.7.2019).

2 Caroline FehI/Johannes Thimm: Dispensing with the Indispensable Nation? Multilateralism minus One in the Trump Era, in: *Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations*, 25/2019, S. 23-46.

3 Statement by High Representative/Vice President Federica Mogherini on the International Day of Multilateralism and Diplomacy for Peace, 23.4.2019, abrufbar unter: [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/61313/statement-high-representativevice-president-federica-mogherini-international-day\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/61313/statement-high-representativevice-president-federica-mogherini-international-day_en) (letzter Zugriff: 3.7.2019).

4 Rat der Europäischen Union: Council conclusions – EU action to strengthen rules-based multilateralism, 17.6.2019, Dok.10341/19.

„Instrument in Support of Trade Exchanges“ (Instex) für die Umgehung der US-Sanktionen für handelsbezogene Finanztransaktionen europäischer Unternehmen mit dem Iran. Bis Mitte 2019 verzögerte sich die Operationalisierung von Instex jedoch, was die Beteiligung weiterer Mitgliedstaaten für eine zweite Phase der Initiative erschwerte.

Ein gemeinsamer Standpunkt in der Auseinandersetzungen zwischen den USA und Russland über die Verträge über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Verträge) scheiterte beim Außenministertreffen im April 2019 trotz der von der HV betonten Relevanz des Vertrags für die europäische Sicherheit. Seit Mitte 2018 beschuldigt die US-Regierung Russland, das Abkommen systematisch zu verletzen und kündigte im Februar 2019 ihren Ausstieg bis August 2019 an. Bereits Ende 2018 kam es zu innereuropäischen Spannungen, als die Europäische Kommission und mehrere EU-Staaten den US-Präsidenten zur Aufrechterhaltung des Abkommens aufriefen, während Polen den US-Ausstieg und damit die harte Linie der US-Administration gegenüber Moskau unterstützte<sup>5</sup> und sich zur Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen im eigenen Land bereit erklärte. Die Uneinigkeit zur Aufrechterhaltung des INF-Vertrages als Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur<sup>6</sup> ist ein Rückschlag für eine strategische Autonomie Europas.

Zudem führte die protektionistische US-Handelspolitik zu neuen Trennlinien in der GASP. Die drohende Einführung US-amerikanischer Sonderzölle auf europäische Automobilimporte veranlasste Frankreich im April 2019 als einziges Land, das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission zu blockieren, um Proteste des starken Agrarsektors aufgrund der Einbeziehung von Landwirtschaftsprodukten zu verhindern. Die Überstimmung Frankreichs in der Handelspolitik ist in der jüngeren Vergangenheit einmalig. Die Ablehnung des Verhandlungsmandats durch das Europäische Parlament einen Monat zuvor offenbarte darüber hinaus interinstitutionelle Trennlinien in der EU.

Im Verhältnis der EU zu China zeigte das im März 2019 von der HV veröffentlichte Strategiepapier die Fragmentierung in der GASP. Das Papier sieht China zwar als Kooperations- und Verhandlungspartner, gleichzeitig aber auch als wirtschaftlichen Konkurrenten und Systemrivalen.<sup>7</sup> So verliefen die Verhandlungen zwischen europäischen Staats- und Regierungschefs und China beim EU-China-Gipfel im April 2019 schwierig und einige Mitgliedstaaten suchten die Nähe zu Peking. Als erster G7-Staat unterzeichnete Italien im März 2019 eine Absichtserklärung zur Teilnahme an der Initiative „Neue Seidenstraße“ („Belt and Road Initiative“, BRI) und unterlief damit den bisherigen Versuch anderer Mitgliedstaaten, die Teilnahme an der BRI als europäischer Block zu verhandeln.<sup>8</sup>

Schon früher hatten ökonomische Motive einzelner Mitgliedstaaten die Einheit der GASP gegenüber Peking geschwächt, und auch 2019 verwässerte Portugal, das ebenfalls eine Absichtserklärung zur Teilnahme an der BRI unterzeichnet hat und in der Europäischen Union die höchste Pro-Kopf-Quote an Direktinvestitionen aus China bezieht,

---

5 Monika Sieradzka: Poland supports US withdrawal from INF, Deutsche Welle, 25.10.2018.

6 Wolfgang Richter: Der INF-Vertrag vor dem Aus, in: SWP-Aktuell, A63/2018.

7 Auf Anfrage an die Europäische Union wurde den AutorInnen dieses Papers mitgeteilt, der Rat habe sich nicht auf eine Genehmigung der Mitteilung einigen können und habe lediglich „einen Gedankenaustausch über die Gesamtheit der Beziehungen zu China im globalen Kontext“ durchgeführt. Die Mitteilung der Kommission ist zu finden unter: Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat: EU-China – Strategische Perspektiven, 12.3.2019, JOIN(2019) 5 final.

8 Philippe Le Corre: On China's Expanding Influence in Europe and Eurasia, Carnegie Endowment for International Peace, 9.5.2019, abrufbar unter: <https://carnegieendowment.org/2019/05/09/on-china-s-expanding-influence-in-europe-and-eurasia-pub-79094> (letzter Zugriff: 3.7.2019)

gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten eine Verordnung zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen.<sup>9</sup>

### **Erweiterte Nachbarschaft: Interne Fragmentierung im EU-Krisenmanagement**

Neben externen Impulsen unterminierten innenpolitische Spannungen die Einigkeit der GASP besonders im Krisenmanagement. Der unerwartete Ausbruch der Verfassungskrise in Venezuela Ende Januar 2019 veranlasste mehrere Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Frankreich und Spanien, sich zügig in einer gemeinsamen Position festzulegen, während die HV versuchte, eine frühe Positionierung zu vermeiden, um eine mögliche Verhandlungsrolle der EU auszuloten.<sup>10</sup> Grundlegende Differenzen der Mitgliedstaaten, besonders in Bezug auf die Anerkennung des venezolanischen Parlamentsvorsitzenden Juan Guaidó als Interimspräsidenten, zeigten sich auf dem informellen Außenministertreffen in Bukarest, bei dem Italien die Anerkennung Guaidós ablehnte. Gleichzeitig schlug die Europäische Kommission die Einsetzung einer Internationalen Kontaktgruppe (International Contact Group, ICG) unter Beteiligung lateinamerikanischer Staaten vor, deren Mitglieder Deutschland und Frankreich Guaidó frühzeitig anerkannten und somit das Vermittlungspotenzial der ICG unterminierten. Als eine dritte Gruppe kleinerer Mitgliedstaaten öffentlich ihre Unterstützung aussprach, ohne ihn anzuerkennen, war die Spaltung der Europäischen Union offensichtlich<sup>11</sup>.

Auch in der erweiterten Nachbarschaft erwiesen sich mitgliedstaatliche Einzelinteressen als hinderlich für das europäische Krisenmanagement. Als Reaktion auf die Tötung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi verhängte Deutschland ein unilaterales Waffenembargo gegen das Königreich. Die österreichische Ratspräsidentschaft und das Europäische Parlament forderten noch im Oktober 2018 einen EU-weiten Lieferstopp für Waffen. Die größten europäischen Rüstungslieferanten Frankreich und Großbritannien verweigerten dennoch eine Teilnahme am Embargo.<sup>12</sup>

Interne außenpolitische Differenzen und Minilateralismen unterminierten weitere Beziehungen der Europäischen Union zu Drittstaaten. Im Verhältnis zu Israel war sogar eine doppelte Spaltung erkennbar. Während die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin im zurückliegenden Jahr mehrfach die Siedlungspolitik Israels kritisierten,<sup>13</sup> suchten die Visegrád-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei), die schon mehrmals eine gemeinsame EU-Position unterlaufen hatten, eine Annäherung an das Land.<sup>14</sup> Im Februar 2019 scheiterte ein gemeinsamer Besuch der vier Staatschefs in Israel an einem diplomatischen Eklat zwischen Tel Aviv und Warschau, der von dem Vorwurf der vermeintlichen Unterstützung Polens am Holocaust ausgegangen war.

9 Europäische Kommission: Pressemitteilung. EU-Verordnung zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen tritt in Kraft, 10.4.2019, IP/19/2088.

10 Rat der Europäischen Union: Pressemitteilung. Erklärung der Hohen Vertreterin im Namen der EU zur Lage in Venezuela, 26.1.2019, Pressemitteilung 43/19.

11 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Lateinamerikapolitik“ in diesem Jahrbuch.

12 Vgl. Stockholm International Peace Research Institute: SIPRI Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers> (letzter Zugriff: 3.7.2019).

13 European External Action Service: Statement by the Spokesperson on publication by the Israeli authorities of new tenders for over 800 settlement unit, 1.6.2019, abrufbar unter: [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/63534/statement-spokesperson-publication-israeli-authorities-new-tenders-over-800-settlement-units\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/63534/statement-spokesperson-publication-israeli-authorities-new-tenders-over-800-settlement-units_en) (letzter Zugriff: 3.7.2019).

14 Joanna Dyduch: The Visegrád Group's Policy towards Israel, in: SWP-Comment C 54/2018.

Dass die innenpolitische Fragmentierung der Europäischen Union einen kritischen Wendepunkt erreicht hat, offenbarte sich im Umgang mit der Krisensituation in Libyen. Während die Hohe Vertreterin nach einem Treffen der Außenminister im Mai 2019 erklärte, die Europäische Union spreche im Fall Libyens mit einer Stimme<sup>15</sup>, blockierte Frankreich Medienberichten zufolge eine explizite Nennung des libyschen Generals Khalifa Haftar in der Schlusserklärung des Gipfels. Der Militärkommandeur hatte Anfang April 2019 eine Offensive auf die von der Europäischen Union und der UN anerkannte Einheitsregierung in Tripolis begonnen. Im Rahmen der Verhandlungen verschärfen sich die Spannungen zwischen Frankreich und Italien, das Paris wiederholt eine Unterstützung von Haftar aufgrund ökonomischer Interessen im Osten Libyens vorwarf.

Auch die Regierung in Rom verfolgte innenpolitisch motivierte Ziele gegenüber Libyen. Auf Drängen der rechtspopulistischen Regierungspartei Lega sperrte sich das Land gegen die Aufnahme von der Mittelmeeroperation EUNAVFOR MED („Sophia“) geretteter Flüchtlinge und machte eine Verlängerung der Operation von einem EU-Verteilungsschlüssel für Migranten abhängig. Als die italienische Leitstelle begann, die Marineschiffe der Operation nicht mehr für Rettungseinsätze einzusetzen, zog Deutschland seine Fregatte ab. Eine Verlängerung der Operation gelang Ende März 2019 nur über den Kompromiss einer Suspendierung sämtlicher Marineeinsätze auf dem Mittelmeer. Aktuell reduziert sich die Operation auf reine Luftüberwachung. Diese Umstrukturierung erschwert nicht nur den Kampf gegen die Schleuserkriminalität, sondern beeinträchtigt auch die Implementierung des Waffen- und Ölembargos gegen Libyen.<sup>16</sup>

Umstrukturierungsmaßnahmen in den weiteren Operationen der Europäischen Union verliefen weitestgehend einvernehmlich. Zwar zog Deutschland seine militärischen Ausbilder mit Hinweis auf die mangelnde Ausrüstung der somalischen Streitkräfte aus der EU-Trainingsmission Somalia ab, verdeutlichte aber seine politische Unterstützung für den Einsatz und stimmte der Verlängerung des leicht angepassten Mandats zu. Auch die Trainingsmissionen in Mali und der Zentralafrikanischen Republik wurden verlängert, ebenso wie die Marineoperation zur Bekämpfung von Piraterie vor der Küste Somalias. In der Konkurrenz um den neuen Standort des Hauptquartiers der Operation, das angesichts des Austritts Großbritanniens aus dem britischen Northwood abgezogen wurde, setzte sich Spanien gegen Italien durch. Der Schwerpunkt des militärischen Engagements der Europäischen Union verblieb mit vier von insgesamt sechs Operationen in Afrika.

Im zivilen Krisenmanagement wurden die Missionen in der Ukraine, Mali, Somalia, Georgien, in Niger und die 2017 neu eingesetzte Beratungsmission im Irak verlängert. Das Mandat der Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo wurde im Exekutivbereich deutlich eingeschränkt, die ehemals größte zivile Mission der Europäischen Union wird bis 2020 im Wesentlichen Beratungs- und Monitoringfunktionen erfüllen. Zukünftig soll der zivile Arm der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)<sup>17</sup> durch den im

---

15 Remarks by High Representative/Vice President Federica Mogherini following the Foreign Affairs Council, 13.5.2019, abrufbar unter: [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/62264/remarks-high-representativevice-president-federica-mogherini-following-foreign-affairs-council\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/62264/remarks-high-representativevice-president-federica-mogherini-following-foreign-affairs-council_en) (letzter Zugriff: 3.7.2019).

16 Speech by High Representative/Vice President Federica Mogherini at the plenary session of the European Parliament on the situation in Libya, abrufbar unter: [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/61128/speech-high-representativevice-president-federica-mogherini-plenary-session-european\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/61128/speech-high-representativevice-president-federica-mogherini-plenary-session-european_en) (letzter Zugriff: 3.7.2019).

17 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

November 2018 neu geschaffenen „Pakt für die zivile GSVP“ gestärkt werden.<sup>18</sup> Er umfasst konkrete Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten und wurde im April 2019 durch einen Umsetzungsplan der Europäischen Kommission konkretisiert.<sup>19</sup> Inwiefern der Pakt zu einem zentralen Baustein des zivilen Krisenmanagements der Europäischen Union avancieren kann, hängt von dem politischen Willen der Mitgliedstaaten ab.<sup>20</sup>

Insgesamt engagierte sich die Union in elf zivilen Missionen und sechs militärischen Operationen auf drei Kontinenten, bei denen mehr als 4.000 Personen im Einsatz waren.<sup>21</sup> Der Schwerpunkt der Einsätze lag auch 2019 auf dem Stabilitätsaufbau. Damit verstetigte sich in der GASP die strategische Verschiebung vom wertefokussierten transformativen Ansatz hin zu einer resilienorientierten, auf den Schutz der Europäischen Union angelegten GASP. Diese Schwerpunktsetzung wurde nochmals im dritten Fortschrittsberichts zur Globalen Strategie unterstrichen, den die HV den Mitgliedstaaten im Juni 2019 vorlegte.<sup>22</sup> Die Fokusverschiebung auf Resilienz als kleinsten gemeinsamen Nenner der Mitgliedstaaten und die Zerwürfnisse im diplomatischen Krisenmanagement der GASP sind als Ergebnis einer immer weiter auseinanderdriftenden Union zu werten.

### **Die GASP zwischen Flexibilisierung und Vergemeinschaftung**

In Reaktion auf die intern und extern induzierten Trennungsimpulse in der GASP wurden im vergangenen Jahr zwei Reformen zur Effektivierung von EU-Außenpolitik vorgeschlagen, die auch die zukünftige Einbindung Großbritanniens in EU-Strukturen ermöglichen sollen. Einerseits verfestigten sich Flexibilisierungstendenzen im Rahmen der außervertraglichen Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten. So unterzeichneten im Juni 2018 neun Mitgliedstaaten,<sup>23</sup> darunter Frankreich, Deutschland und Spanien, eine Absichtserklärung zur Gründung einer Europäischen Interventionsinitiative (E2I). Die Initiative ist bewusst außerhalb bestehender Strukturen von NATO und Europäischer Union angesiedelt und als Forum zur stärkeren Vernetzung der Generalstäbe konzipiert. Hauptintention ist eine frühzeitige Krisenerkennung und die Stärkung gemeinsamer operativer Fähigkeiten. Die Teilnahme zeigte die Bereitschaft des Vereinigten Königreiches, sich über einen möglichen EU-Austritt hinaus in europäische Verteidigungskooperation einzubringen.

Zunehmende Bestrebungen zur Flexibilisierung der GASP offenbarten sich auch in den Diskussionen um die Gründung eines „Europäischen Sicherheitsrates“ (ESR). Der Vorstoß, der erstmalig auf einer deutsch-französischen Regierungskonferenz im Juni 2018 diskutiert worden war, sieht die Gründung eines europäischen Pendant zum UN-Sicherheitsrat vor. Unterschiedliche Konzeptionen für die Ausgestaltung des ESR reichen von einer rotierenden Mitgliedschaft im kleinen Format über ein ad-hoc-Gremium, bestehend aus allen 27 (28) Außenministern, bis hin zu einem zentralen Leitungsgremium, an

---

18 Rat der Europäischen Union: Conclusions of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States, Meeting within the Council, on the Establishment of a Civilian CSDP Compact, 19.11.2019, Dok. 14305/18.

19 Europäische Kommission: Joint Staff Working Document. Joint Action Plan. Implementing the Civilian CSDP Compact, 30.4.2019, SWD(2019) 173 final.

20 Tobias Pietz/Judith Vorrath: GSVP-Pakt: Neuerfindung des zivilen Krisenmanagements der EU?, in: SWP Kurz Gesagt 12/2018.

21 Die Mission zur Grenzüberwachung EUBAM Moldawien/Ukraine ist hier mit eingerechnet, obwohl sie formal nicht unter dem Schirm der GASP verortet ist.

22 The European Union's Global Strategy Report 2019, 13.6.2019, abrufbar unter: [https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/eu\\_global\\_strategy\\_2019.pdf](https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/eu_global_strategy_2019.pdf) (letzter Zugriff: 3.7.2019).

23 Als zehnter Mitgliedstaat schloss sich Finnland im November 2018 an.

das die Mitgliedstaaten Beschlussrechte für die Außenpolitik delegieren.<sup>24</sup> Insgesamt zielt die überwiegende Mehrheit der Vorschläge auf die Umgehung der Einstimmigkeit in der GASP/GSVP ab und soll eine leichtere Bindung Großbritanniens nach dessen potenziellen EU-Austritt an die EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ermöglichen. Der ebenfalls zur Umgehung der Einstimmigkeit eingebrachte Vorschlag, Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in einzelnen Bereichen der GASP zuzulassen, scheiterte jedoch an den Vetos Polens, der baltischen Staaten und Italiens.

Neben den Flexibilisierungsbestrebungen wurden Vergemeinschaftungsreformen in der GASP/GSVP lanciert. Im Rahmen der 2017 initiierten „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) verdoppelten die 25 Mitgliedstaaten im November 2018 die Zahl der gemeinsamen Projekte auf 34. Ferner entwickelte sich der Finanzierungsbereich der GSVP dynamisch weiter. Im Juni 2018 legte die Hohe Vertreterin einen Vorschlag zur Gründung einer „Europäischen Friedensfazilität“ vor. Der Fonds, der außerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) angesiedelt werden soll, ist als neues Finanzierungsinstrument für gemeinsame Kosten militärischer und ziviler Einsätze der Europäischen Union konzipiert und soll über Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert werden. Bei der Verabschiedung im März 2019 forderte das Europäische Parlament Beteiligungsrechte und eine Ausrichtung des Fonds an EU-Grundwerten.

In den Verhandlungen um die Ausgestaltung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) gelang eine Einigung zwischen Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten. Bei der Außenministerkonferenz im Juni 2019 forderte der Rat eine zügige Implementierung des EVF im Anschluss an eine Einigung um den MFR. Der Fonds soll bis 2027 insgesamt 13 Mrd. Euro zur Finanzierung gemeinsamer Verteidigungsprojekte bereitstellen und ist ein zentraler Baustein zur Integration der europäischen Verteidigungsindustrie.

### **Fazit**

Zusammenfassend verfestigte sich in der GASP das Spannungsfeld zwischen Flexibilisierung und Vergemeinschaftung. Sprengstoff für diese bisher komplementäre Entwicklung von Außen- und Sicherheitspolitik in Europa bieten die stark divergierenden Präferenzen einzelner Mitgliedstaaten, der „divide et impera“-Ansatz globaler Akteure gegenüber der Europäischen Union und der Rückzug der USA aus multilateralen Verträgen und Vereinbarungen. Die künftige Entwicklung dieser entgegengesetzten Pole wird von den innenpolitischen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten, aber auch von der personellen Neubesetzung der EU-Führung abhängen. Da ökonomische Parameter der Handels- und Außenwirtschaftspolitik maßgeblich außen- und sicherheitspolitische Präferenzen der Akteure bestimmen, wird die Relevanz von Gemeinschaftspolitik für die Handlungsfähigkeit der GASP als Resilienzmacht elementar bleiben.

### **Weiterführende Literatur**

Annegret Bendiek: Europa verteidigen. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Stuttgart, 2018.  
Thilo Hanemann/Mikko Huotari/Agatha Kratz: Chinese FDI in Europe: 2018 Trends and Impact of New Screening Policies, in: Merics Papers on China, 6.3.2019.

---

24 Markus Kaim/Ronja Kempf: Ein Europäischer Sicherheitsrat. Mehrwert für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU?, in: SWP-Aktuell A65/2018.